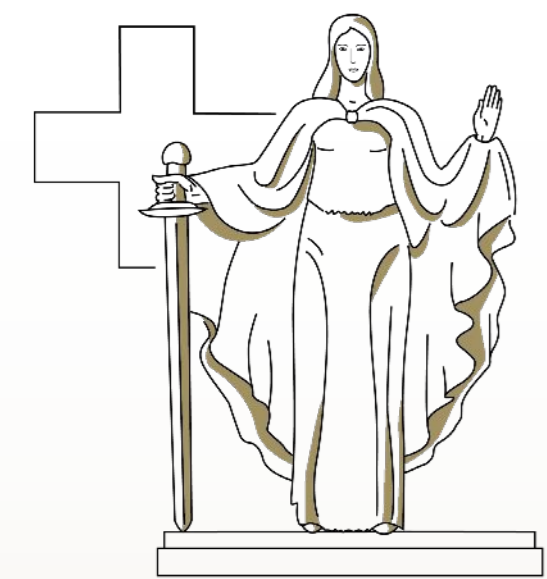


DE



# 150 JAHRE BUNDESGERICHT ANS TRIBUNAL FÉDÉRAL ANNI TRIBUNALE FEDERALE ONNS TRIBUNAL FEDERAL

**Die Geschichte des Bundesgerichts**  
Das Bundesgericht feiert im Jahr 2025 sein 150-jähriges Bestehen. Zwar gab es im modernen Bundesstaat von 1848 bereits ein höchstes Gericht. Dessen Kompetenzen waren jedoch äusserst bescheiden, weshalb es nur beschränkt zum Einsatz kam. Dieses höchste Gericht hatte zudem keinen festen Sitz und tagte nur nach Bedarf. Erst mit der Verfassung von 1874, die 1875 in Kraft trat, wurde das Bundesgericht zum ständigen Gericht, das als oberste rechtsprechende Behörde der Eidgenossenschaft die Freiheitsrechte und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger sowie die einheitliche Anwendung des Bundesrechts sicherzustellen hatte.

**Bescheidene Anfänge**  
Als Konzession an die Westschweizer Freisinnigen wurde der Sitz des Bundesgerichts an Lausanne vergeben. Zu Beginn seines Bestehens arbeiteten insgesamt neun Bundesrichter in einem Arbeitsraum des ehemaligen Casinos, dem «Casino de Derrière-Bourg». Diesen ordentlichen Richtern war jede andere Tätigkeit untersagt. Unterstützt wurden sie von zwei Gerichtsschreibern. Aufgrund der steigenden Arbeitslast musste die bescheidene Anzahl von Richtern und Mitarbeitenden in den nachfolgenden Jahren beständig angehoben werden, weshalb die Räumlichkeiten im Casino bald nicht mehr genügten.



Bundesgericht im ehemaligen Casino, Lausanne.  
© Musée historique de Lausanne

1887 zog das Bundesgericht darum in einen eigens erstellten Bau auf der Esplanade de Montbenon um. Dieses erste Bundesgerichtsgebäude, das im Stil der französischen Neurenaissance errichtet wurde und heute das Bezirksgericht Lausanne beherbergt, wurde mit unterschiedlichsten Steinarten aus der ganzen Schweiz errichtet.



«Esplanade de Montbenon», Lausanne.  
© Musée historique de Lausanne

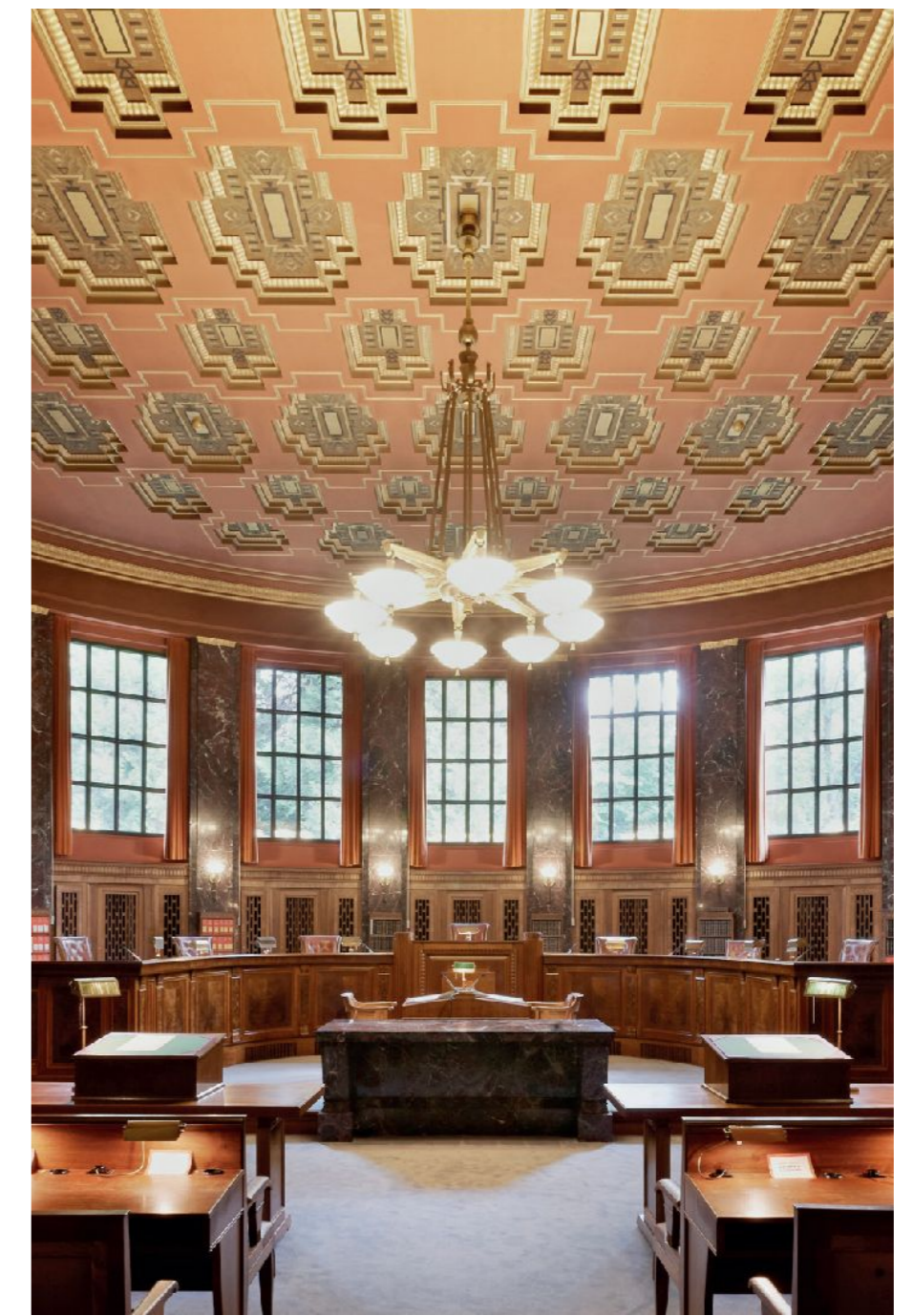
**Ikonischer Bau**  
Bereits ein Vierteljahrhundert nach dem Einzug ins Gebäude Montbenon wurden die Platzverhältnisse erneut zu eng, weshalb ein Architekturwettbewerb für ein neues Bundesgerichtsgebäude ausgeschrieben wurde. 83 Projekte aus der ganzen Schweiz wurden eingereicht. Sie trugen Namen wie «Forum Supremum», «Juro», «Plaidoyer» oder «Diane». Schliesslich fiel die Wahl auf «Quo Vadis» der Neuenburger Architekten Louis-Ernest Prince und Jean Béguin. Aufgrund des Ausbruchs des ersten Weltkrieges konnte das neue Gerichtsgebäude erst ab 1922 erbaut werden. Der markante neoklassizistische Bau im Park von Mon-Repos prägt bis heute das Bild, das wir vom Bundesgericht haben.



Bundesgericht, Lausanne.

**Bundesgericht heute**  
Mit der neuen Bundesverfassung von 1999 wurden die Unabhängigkeit und Rolle des Bundesgerichts weiter gestärkt. Im Jahr 2007 wurde das ehemalige Eidgenössische Versicherungsgericht (EVG) in Luzern ins Bundesgericht integriert. Die Dritte und Vierte öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts sind im früheren Verwaltungsgebäude der Gotthardbahn am Vierwaldstättersee untergebracht. Das Bundesgericht, mit seinen Standorten in Lausanne und Luzern, ist heute Arbeitsort von 40 Bundesrichterinnen und Bundesrichtern und rund 375 Mitarbeitenden. Darunter sind rund 175 Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber. Sie unterstützen die Bundesrichterinnen und Bundesrichter, unter anderem bei der Urteilsfindung und der Redaktion der Entscheide. Daneben verfügt das Bundesgericht über eine Verwaltung. Deren Mitarbeitende erledigen alle logistischen und administrativen Geschäfte des Gerichts sowie die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit.

**Die Aufgaben des Bundesgerichts**  
Das Bundesgericht ist das höchste Gericht der Schweiz. Ob Zivilrecht, Strafrecht oder Verwaltungsrecht - jede Bürgerin und jeder Bürger kann ans Bundesgericht gelangen. Dabei richtet sich die Beschwerde gegen Urteile der höchsten kantonalen Gerichte wie etwa eines Obergerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts. Gerügt werden kann eine Verletzung von Bundesrecht, Völkerrecht und interkantonalem Recht. Das Bundesgericht beurteilt insbesondere auch Rügen wegen Verletzung der Grundrechte, wie man sie in der Bundesverfassung oder in der Europäischen Menschenrechtskonvention findet. Bundesgesetze, die vom Parlament erlassen wurden, müssen vom Bundesgericht angewendet werden. Es kann einzig die Unvereinbarkeit mit der Verfassung feststellen.



→  
Gerichtssaal,  
Standort Lausanne.

## Ein Jubiläum für uns alle

«Über dem Eingang unseres Gerichtsgebäudes in Lausanne steht die Inschrift „Lex – Justitia – Pax“. „Gesetz – Gerechtigkeit – Frieden“, das ist die Leitschrift für unsere Tätigkeit: Wir wenden das Gesetz an, wir sprechen Recht, wir sichern den Rechtsfrieden und den sozialen Frieden und wir stärken so unsere Demokratie.

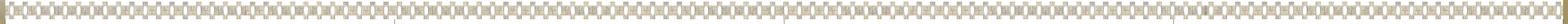
In einem Rechtsstaat wie der Schweiz ist die Justiz eines der Gegengewichte, die es für das gute Funktionieren der Institutionen braucht. Die Legislative arbeitet die Gesetze aus, die Regierung sorgt für Ihre Umsetzung; und die Judikative, als dritte Gewalt im Staat, schützt diese Rechte. Das Bundesgericht ist damit Garant der verfassungsmässigen Rechte. Deren Fortentwicklung verläuft parallel zu derjenigen unserer Gesellschaft.

Im Jahr 2025 feiert das Bundesgericht sein 150-jähriges Bestehen. Dieser obersten rechtsprechenden Behörde anzugehören, erfüllt uns mit Stolz: Wir stehen nicht nur in einer langen Tradition, sondern sind vor allem Teil einer Institution, die allen dient.»



François Chaix  
Bundesgerichtspräsident

Bundesgericht  
Tribunal fédéral  
Tribunale federale  
Tribunal federal



# 150 Jahre.

Das Bundesgericht spricht erstmals den zentralen Rechtsgrundsatz von **Treu und Glauben** (bona fides) an. Dieser gebietet im Wesentlichen redliches und vertrauenswürdiges Verhalten im Rechtsverkehr.

BGE 11 I 365

56. Urteil vom 12. September 1885 in Sachen **Wöhner gegen Fierz**.

1885

1887

Das Bundesgericht weist die Beschwerde der ersten promovierten Juristin **Emilie Kempin-Spyri** ab, die ihren Mann vor Gericht nicht vertreten durfte. Ihre Ansicht, dass die Bundesverfassung die volle rechtliche Gleichstellung der Geschlechter postuliere, sei ebenso neu wie kühn; sie könne aber nicht gebilligt werden.

BGE 13 I 1

© Archiv Universität Zürich



1893



© Ofen- und Keramikmuseum Velten

1918 - 1919

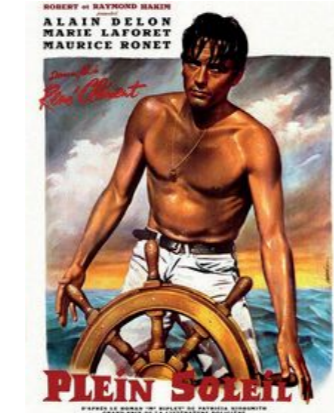
Während des Ersten Weltkriegs wird die Schweiz zu einer Drehscheibe für anarchistische Kreise. Zwischen 1918 und 1919 urteilt das Bundes(straft-)Gericht über mehrere **"Bombenaffären"**-Fälle.



BGE 87 I 114

1961

Das Bundesgericht bestätigt, dass der Kanton Neuenburg nicht willkürlich gehandelt hat, als er den Film **Plein soleil** verbot, da dieser in zynischer Weise ein nahezu perfektes Verbrechen darstelle und dadurch zur Nachahmung anregen könnte. Gleichzeitig anerkennt das Bundesgericht die **Meinungsäusserungsfreiheit** als ungeschriebenes Grundrecht.



© 1960 STUDIOCANAL - Titanus S.P.A.

1946 - 1952



Ab 1946 bis 1952 urteilt die am Bundesgericht eigens gebildete **"Raubgutkammer"** über die Rückgabe von Vermögenswerten, die jüdischen Personen während des Zweiten Weltkriegs gestohlen wurden.

© Schweizerisches Sozialarchiv

1970

Das Bundesgericht anerkennt die **Versammlungsfreiheit** als ungeschriebenes Grundrecht. Es stellt gleichzeitig aber klar, dass sie im öffentlichen Raum nicht uneingeschränkt gilt und eine Bewilligungspflicht zulässig sein kann.

BGE 96 I 219



Das Anbringen eines Kruzifixes im Klassenzimmer verstösst gegen das Prinzip der **religiösen Neutralität** öffentlicher Schulen.

BGE 116 Ia 252

1990

1990



© Schweizerisches Sozialarchiv

Die Frauen aus dem Kanton Appenzell Innerrhoden erhalten vom Bundesgericht das **Stimmrecht** an der Landsgemeinde zugesprochen. Am 28. April 1991 konnten auch die Innerrhoder Frauen erstmals kantonal abstimmen.

BGE 116 Ia 359

Das Bundesgericht setzt den 1. Januar 1961 als Stichtag fest, ab dem **Fluglärm-Immissionen** um Schweizerische Landesflughäfen vorhersehbar waren. Dies spielt eine zentrale Rolle bei der Frage des Anspruchs auf eine Lärmschädigung.

BGE 121 II 317



1995

Ein Arzt haftet bei einem Sterilisationsfehler für die **Unterhaltskosten** des geborenen aber ungeplanten Kindes der Patientin.

BGE 132 III 359

2005



Die Verfassungsbestimmungen zur Beschränkung von **Zweitwohnungen** in Gemeinden mit einem Zweitwohnungsanteil von über 20 % sind seit dem 11. März 2012 direkt anwendbar.

BGE 139 II 243

2013

2012

Das Bundesgericht definiert die Anforderungen zur wirksamen Gewährleistung des **Datenschutzes** bei Google Street View.

BGE 138 II 346



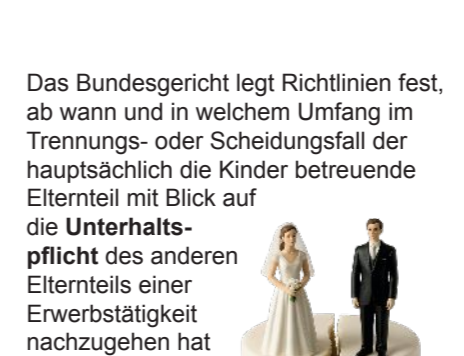
BGE 140 I 125

2014

2017

Das Bundesgericht passt seine **Praxis zur Beurteilung des Anspruchs auf eine IV-Rente** bei psychischen Leiden an. In einem strukturierten Beweisverfahren ist die tatsächliche Arbeits- und Leistungsfähigkeit der betroffenen Person zu ermitteln.

BGE 143 V 409 und 143 V 418



Das Bundesgericht legt Richtlinien fest, ab wann und in welchem Umfang im Trennungs- oder Scheidungsfall der hauptsächlich die Kinder betreuende Elternteil mit Blick auf die **Unterhaltspflicht** des anderen Elternteils einer Erwerbstätigkeit nachzugehen hat (Schulstufenmodell).

BGE 144 III 481 2018

2018



2019



Das Bundesgericht hebt die Abstimmung von 2016 über die **Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“** auf. Die unvollständigen und intransparenten Informationen des Bundesrates haben die Abstimmungsfreiheit verletzt.

BGE 145 I 207

Die Schweiz darf Frankreich Informationen zur Identität von französischen **UBS**-Kunden erteilen. Beim französischen Amtshilfeersuchen handelt es sich nicht um eine unzulässige „fishing expedition“.

BGE 146 II 150



2019

2020

Das Drücken des „**Gefällt mir**“- oder „**Teilen**“-Buttons für einen ehrverletzenden Beitrag auf Facebook kann eine strafbare Handlung darstellen.

BGE 146 IV 23



2024

BGE 150 IV 292



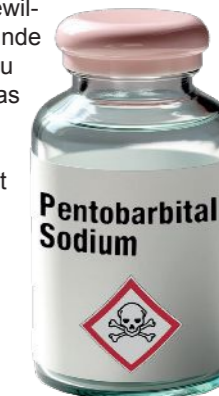
Das Bundesgericht bestätigt erstmals einen **Schuldpruch wegen Diskriminierung und Aufruf zu Hass** aufgrund der sexuellen Orientierung. Der Verurteilte hatte sich in strafbarer Weise über die homosexuelle und lesbische Gemeinschaft geäußert.

BGE 150 IV 292

2024

Ein Arzt hat mit der Abgabe eines tödlich wirkenden Mittels an eine sterbewillige aber gesunde 86-jährige Frau nicht gegen das **Betäubungsmittelgesetz** und auch nicht gegen das **Heilmittelgesetz** verstossen.

BGE 150 IV 255



Pentobarbital Sodium

BGE 150 IV 255

2C\_405/2022 (BGE-Publikation vorgesehen)

Ein **kommunales Verbot von kommerzieller Plakatwerbung**, die von öffentlichem Grund aus sichtbar ist, ist zulässig. Das Verbot ist mit der Wirtschaftsfreiheit, der Eigentumsgarantie sowie dem Gleichbehandlungsgebot vereinbar.

2C\_36/2023 (BGE-Publikation vorgesehen)

2024

2025



Der Betrieb einer nur Mädchen zugänglichen öffentlichen Sekundarschule mit stark katholischer Ausrichtung ist mit dem Gebot der **konfessionellen Neutralität** von öffentlichen Schulen nicht vereinbar. Es liegt zudem ein Verstoß gegen den **Grundsatz der Gleichbehandlung** vor.

2C\_405/2022 (BGE-Publikation vorgesehen)

